

Nebrer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mt.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 15 Pf. Anzeigenannahme an Dinstagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bantverein Aachen.

Nr. 42

Sonnabend, den 7. April 1928

41. Jahrgang

Weltliche und geistliche Lebensmächte

Schnapsstimmungsgegenstände. — Die Herrschaft der Bommen. — Die Welt im Aufbruch.

Mit einigen unbedeutend geschwungenen Stimmungen, mit launigen Wellen des Gefühls hat er bei uns angefangen, der große Weltgeist, kam das der Reichstag seine Pforten geschlossen hatte. Nicht weit von Berlin sind die politischen Gegner in einer Wahlversammlung hart aneinandergeraten und die Polizei mußte die aufgeregten Gemüter freundschaftlich trennen, auf das kein größeres Unheil angerichtet wurde.

Ein verständnisreich umschichtigter Anstalt zu einer Wahlkampf, von deren Ausgang sich viele Leute in Deutschland wahr Wunderringe zu versprechen scheinen. In Amerika, das bis jetzt allmählich auch auf die neue Präsidentenampagne vorzubereiten beginnt, würde man lächeln über die Zumutung, sich über solche großen Stimmen- und Kampfkämpfe sonderlich aufzuregen zu lassen. Dort wird mit ungleich härteren Argumenten gearbeitet. Die von dem Kongress nur so durch die Luft- in Schlang allein wurden schon fünfzig Anträge dieser Art gegen politische Gegner verzeichnet, oder was man sonst „politische“ Gegner in den Vereinigten Staaten zu nennen pflegt. Ganz genau lassen es ja Republikaner und Demokraten, die sich drücken mit der gleichen Erörterung bekämpfen wie bei uns etwa Deutschnationale und Sozialisten, selber nicht zu sagen, in welchen grundlegenden politischen Überzeugungen sie sich gegeneinander so sehr abheben, daß ein Kampf auf Leben und Tod zwischen ihnen geboten wäre. Und so werden, um der Wahrheit halber die Notwendigkeit dieses Bürgerkrieges trotzdem begründet zu machen, die schrecklichsten Schwindel-, Betrugs- und Korruptionsfalsche aufgebracht und zur Lösung der Gegenpartei an die große Glocke gehängt. Befonders beliebt sind, in diesen Wahlkämpfen die Beschuldigungen gegen die republikanische Partei, die die Bevölkerung offenbar leicht aufzufangen läßt, man braucht dabei nur zu behaupten, daß ein politischer Gegner von diesen Elementen Bestechungsgeber angenommen habe, um sein Zögeln „ins Trotzen“ zu bringen, und der Mann ist dann so gut wie geliefert. Als in Schlang dieser Tage ein solcher Führer mit einigen fünfzig Anhängern im Süden ist aufgefunden wurde, ließ es sich natürlich, dieser Zee habe Schandbescheinigungen, von denen er selber genommen habe, um sie vor den Trabanten des Gefeges zu schütten, verraten, also sei ihm recht geschehen, und damit basta. Kann man sich bei solchen Zuständen schließlich daran wundern, daß die Welt in die Zeit der Stadt am Donnerstag in einem Redebüro, die ganze Bevölkerung der Vereinigten Staaten bitten will, die Hilfe Gottes anzurufen zur Befreiung dieser öffentlichen Zustände im Lande, nachdem alle Menschenversuche, der „Herrschaft der Bommen“ Einhalt zu gebieten, zu nichts geführt hätten? Man kann den guten Schlangern nur wünschen, daß nicht auch diese ihre letzte Hoffnung auf Ruhe und Umkehr zu scheitern werden möge.

Genau so wie die Kirchenfürsten von Schlang jetzt ihre letzte Zuflucht zu den himmlischen Mächten nehmen, um deren Unterstützung auf die immer ärger werdende Verwilderung dieses trübsamen Nationalkampfes zu hoffen, genau so hat auch der Kardinal in der Zeit von Wien. Dr. Piffel, in der Korinthe auf einer großen Kundgebung des Volksbundes der Katholiken Österreichs die Allmacht Gottes angerufen gegen den sittlichen Verfall unserer Zeit. Er sieht das Volk, trotz der schweren Verwundung des Weltkrieges, von der in Gen und in der Welt, in diesem Reigen der Einzelheit und der Menschheitsanbeugung sich verhärtet, oder vielmehr abwärtsgerichtet, sieht jede Liebe zur Arbeit über Bord werfen, ja, hält die Menschen von heute überhaupt nicht mehr für fähig, den Beruf der Arbeit als einer Gottesgabe zu empfangen, weil für sie die Quellen der Religion verknüpfert sind. Er weiß keine andere Rettung als die Rückkehr zur Frömmigkeit und Sittlichkeit, wird sich aber gewiß keiner Täuschung darüber hingeben, daß der gegenwärtige, gerade eben aus den Verzweiflungen des Krieges geborene Zeiterstrom erst einmal abflauen muß, ehe die Menschen wieder zur Selbstheilung und zur Selbstbefreiung fähig sein werden.

Ob es dazu beitragen wird, diesen Prozeß zu beschleunigen, das sogar auch der Papp jetzt den Kampfplatz der Meinungen beschränken und in einer entrüsteten Umgebung gegen den Sozialismus das göttliche und deshalb unüberdärbare Recht der Kirche auf Mitwirkung bei der Erlösungsarbeit für die heranwachsende Jugend mit Wunderring geltend gemacht hat. Wohlwollend geht auf diese Gänge, das weiß der Papp sehr genau, und so soll ihm auch die Jugend als Baustoff für den Staat dienen, für seinen Staat und nur dazu. Der Papp aber kann sich nie und nimmer damit einverstanden erklären, daß der Weltgeist der Menschen sich völlig im diesseitigen Leben, und sei es auch für die weltliche Gemeinshaft einer großen Nation, erschöpfen soll, und noch weniger wird er dazu schweigen können, daß der freie Wettbewerb auf diesem Gebiet der Kirche durch Zwangsmittel der Staatsgewalt unmöglich gemacht werden soll.

Wie man also sieht, ein ungleich größere Ausgabe der weltlichen Geisteskräfte, um die Welt in Deutschland eben erst in dem Kampf um das Reichthum zu erhitzen und so bereitwillig getroffen worden ist. Die Welt ist in Auf-

rubr, hier mehr, dort weniger. Halten wir fest an dem Glauben, daß die wahren Quellen des Lebens zwar verknüpfert, aber niemals völlig trockengelegt werden können. Sie werden den Damm und den Schlamm der bloßen Diesseitigkeit des Daseins wieder durchbrechen, wenn die Zeit für eine neue Erschöpfung und Auf-erhebung der Menschheit gekommen ist.

Regelung der Kriegsschulden?

Pariser Gilbert in Paris und Rom.
Die durch Poincarés Rede in Brüssel gesammelte Debatte über die Regelung der Kriegsschulden hat doch größere Wirkungen gezeigt, als man anfangs nach der ablehnenden Haltung der Vereinigten Staaten erwarten konnte.
Der in der Regel in Berlin wohnende Generalagent für die Reparationszahlungen, Barter Gilbert, hat hier Tage in Paris gewohnt und ist, nachdem er vorher London einen Besuch abgestattet hatte, nach Rom weitergereist. In London soll er mit Vertretern der Bank von England und den hohen Beamten des Schatzamtes verhandelt, in Paris mit dem Leiter der Bank von Frankreich und in Rom den Verantwortlichen und Kriegsschuldenproblemen mit dem italienischen Finanzminister erörtert haben. Parter Gilbert meint, jetzt ist es in Paris, die politische und finanzielle Lage Deutschlands und wisse, daß Deutschland die erste Gelegenheit ergreifen werde, die Regierungen des Dawes-Planes resp. die Begrenzung der Jahreszahlungen des Dawes-Planes zu fordern.
In Paris soll man nicht allgemein sein, der Regierung der Zahlungen zustimmen vorausgesetzt, daß gleichzeitig eine allgemeine Regelung der Kriegsschulden erfolge.

Parter Gilbert hat seine Rundreise sicherlich ansetzen, um sich über die Meinungen zu der Frage in den verschiedenen Hauptstädten zu informieren.
Amerikanische Stimmung.

Aus den Vereinigten Staaten, deren Ansicht schließlich die ausschlaggebende ist, wird die Ansicht der Justizministerium durch Parter Gilbert zugegeben, was zugleich aber betont, daß in der nächsten Zeit kaum an eine wichtige Entscheidung zu denken ist. Man macht darauf aufmerksam, daß eine offizielle Behandlung der verschiedenen Fragen nicht nur erst nach den französischen und deutschen Schritten, sondern erst nach dem Bericht künftigen amerikanischen Präsidentenwahlwahlen in Aussicht genommen werden könne. Ferner wird betont, die weitere Entwicklung hänge völlig von der gegenwärtigen Verhandlung der Alliierten mit Deutschland ab. Wenn diese geschehen sei, könnten die Vereinigten Staaten der Angelegenheit überreden.

Staatsablehnung.

Selbstverständlich hat im Reichstag die parlamentarische Opposition den Reichshaushalt bei der dritten Lesung, also endgültig, abgelehnt. Das ist nämlich eine Selbstverständlichkeit im parlamentarisch regierten Staat. Um diese Ablehnung zu dokumentieren, leitet man sich im Mittelstand des Parlamentarismus, in England, häufig den Scherz, bei der Abstimmung über das Gehalt des Militärpräsidenten zu beantragen, ihm von dem bisher besagten Gehalt ein Pfund Sterling zu streichen; der Antrag wird natürlich von der hinter der Regierung stehenden Mehrheit abgelehnt.

Bei uns in Deutschland hat man sich doch noch nicht so ganz in das parlamentarische System hineingelebt, sonst würde man der Opposition nicht — und das namentlich im Wahlkampf — einen Vorwurf daraus machen, wenn sie den Etat ablehnt. Aber dann geht das Geschrei los, daß diese oder jene Oppositionspartei mit ihrer Staatsablehnung etwa „die Schalter der Beamten gestrichen“ wissen wolle, „gegen“ sonstige Finanz-, Steuer- oder andere Maßnahmen gestimmt habe. Derartiges zu behaupten, zeugt von einer recht erheblichen Unkenntnis des parlamentarischen Systems, es führt auch zu menschlichen Zufassungen, wie z. B. zu der, daß im Reichstag die demokratische Fraktion zwar für den Voretat, also die Maßnahmen des sog. Vorprogramms, in zweiter Lesung stimmte, aber den Gesamtetat einschließlich dieses Vorsetats selbstverständlich in dritter Lesung ablehnte.

Den Etat kann man etwa vergleichen mit Geleisen, in denen der Staatswagen fährt. Nichts, Breite dieser Geleise, Schwelligkeit des Fahrbahns bestimmt die parlamentarische Mehrheit. Aber alle drei Dinge ist die Opposition nur an der Meinung; wird sie aus irgendeinem Grunde zur Mehrheit, so legt sie die Geleise in anderer Richtung. Aber sie legt die Geleise, denn der Staatswagen muß sich fortbewegen, weil also das parlamentarische System völlig verstehen, wenn man irgendeiner Partei der Opposition einen „Vorwurf“ aus der Staatsablehnung macht; so haben z. B. die Deutschnationalen, die der preussischen Regierung gegenüber in Opposition stehen, im preussischen Landtag selbstverständlich den Etat abgelehnt, im Reichstag aber, als Regierungspartei, eben selbstverständlich den Reichsetat angenommen. Ihnen aus jener Ablehnung einen Vorwurf zu machen, ist, vom parlamentarischen System aus gesehen, ebenso unrichtig, wie wenn man im Wahlkampf den Demokraten, trotz ihrer ursprünglichen Annahme des Vorsetats, ihre endgültige Ablehnung des Gesamtetats im Reichstag anstößig vorhalten wollte.

Die Rheinlandkommission will kein Groß-Frankfurt.

Um die beste Stadt höchst.
Die Interalliierte Rheinlandkommission hat das preussische Gesetz vom 29. März d. J. betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Frankfurt a. M. durch eine neue Veranordnung vorläufig zurückgestellt.
Die Besatzungsbehörde glaubt an der Angelegenheit insofern beteiligt zu sein, als durch das Gesetz die zum Reichsgebiet gehörige Stadt Höchst in den Stadtkreis Frankfurt a. M. einbezogen wird, dessen Verwaltung im unbestrittenen Frankfurt ihren Sitz hat. Die preussische Regierung ist bereit, auf die Besatzungsbehörden Rücksicht zu nehmen, so durch eine Verordnung gemäß § 40 des Eingemeindungsgesetzes des Inhalts, daß in Höchst eine städtische Zweigstelle errichtet wird, die für alle Verhandlungen in Besatzungsangelegenheiten zuständig ist. Dies ist der Interalliierte Rheinlandkommission in Verhandlungen mit Kommissaren des preussischen Ministeriums des Innern zugesagt worden. Es ist daher bedeutungsvoll, daß die Interalliierte Rheinlandkommission sich trotz dieser Zustimmung nicht dazu hat entschließen können, das Gesetz sofort in Kraft treten zu lassen. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete und die Deutsche Bottschaft in Paris sind mit entsprechendem Vorbehalt in Solz und in Paris beauftragt worden.

Handwerk gegen höhere Bahntarife.

Engage an den Reichsverkehrsminister.
Der Reichsverband des Deutschen Handwerks hat sich mit einer Eingabe an den Reichsverkehrsminister gemeldet und darin lebhaften Einspruch gegen die beschlossene Erhöhung der Eisenbahntarife erhoben. Zur Begründung der ablehnenden Stellungnahme wird darauf verwiesen, daß eine Erhöhung der Tarife ohne jeden Zweck eine verhängnisvolle Zerstörung des Lebens nach sich ziehen würde. Wenn in diesem Zusammenhang auch auf die unlängst erfolgte Erhöhung der Posttarife Bezug genommen werde, so entbehre dieser Hinweis jeder Zweckmäßigkeit, da die Tarife der Reichsbahn schon längst an die Selbstverwaltung und den allgemeinen Lebensstandard angepasst seien. Die Eingabe verfaßt mit aller Entschiedenheit im Interesse der gesamten Volkswirtschaft eine Ablehnung der beschlossenen Erhöhung. Abschließend die Eingabe wurde dem Reichsverkehrsministerium und dem Reichsfinanzministerium für Handwerk und Kleingewerbe zugestellt.

Berteilung der Landwirtschaftshilfe.

Entwurf von Richtlinien.
Reichsernährungsminister Schiele hat dem vom Reichsanwaltschaftsamt überwachungsamt für die Verwendung der zur Landwirtschaftshilfe ausgesetzten 30 Millionen jetzt einen Entwurf von Richtlinien unterbreitet.

Nach diesem Entwurf sollen die Mittel dienen: a) der Beschaffung von Schlachtwild, b) der Förderung von Einrichtungen zur Verwertung und Verarbeitung von Schlachtwild, c) der Förderung des direkten Absatzes von Schlachtwild und Fleisch zwischen Genossenschaften und Erzeugern einerseits und Genossenschaften der Fleischer und Verbraucher andererseits, d) der Entlastung des Handelsverkehrs durch Gewinnung neuer Absatzgebiete für Schlachtwild sowie für frisches und abgetriebenes Schweinefleisch, e) der Rationalisierung von Schweinefleisch und Schmelzwurst.

Zur Durchführung der Maßnahmen soll eine Gesellschaft mit befristeter Satzung gebildet werden. An der Gesellschaft sollen beteiligt werden: die Spitzenorganisationen der Landwirtschaft, die Zentralstellen der genossenschaftlichen Verwertung an den großen Schlachtwildmärkten, die Schweinefleischer und -mäler, der Handel, das Fleischergewerbe, die Fleischwarenindustrie sowie die Verbraucherorganisationen. Zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses soll ein Reichskommissar bei der Gesellschaft bestellt werden. Grundstücke und Fleischwarenfabriken soll die Gesellschaft in der Regel nicht erwerben.

Näheren, für die das Reich eine Garantie übernimmt, sollen möglichst für längere Zeit und zinslos oder zu einem niedrigen Zinssatz gegeben werden; soweit erforderlich und möglich, sind zur Ermäßigung des Zinssatzes die zur Verfügung stehenden Reichsmittel heranzuziehen.

Saatenstand in Preußen Anfang April.

Nach amtlichen Angaben.
Die statistische Korrespondenz veröffentlicht die Beobachtungslisten für den Saatenstand in Preußen Anfang April 1928, wobei zwei auf drei Mittel bedeutet, und bemerkt: Mit Ausnahme von Spelt (29) liegen alle Saatenarten unter drei; Weizen mit 3,3, Roggen mit 3,4, Gerste mit 3,3, Getreide mit 3,3, Haas und Ake mit 3,4, Futtererbsen mit 3,2 sowie Kleinfelder und andere Weizen mit 3,3 und 3,4 beurteilt. Wenn man wiederum vom Spelt absetzt, so wurde der Saatenstand im Anfang April seit 1926 nicht so ungünstig wie diesmal bewertet; auch 1913 war er, abnormales abgesehen von Spelt, durchgängig besser.

Eine gute Regierung.

Der dem bisherigen Reichstage von den Urwählern ausgesetzte politische Wahlzettel ist von den Volkswählern nicht abgelehnt worden. Die sind bei Beginn der letzten Wahlperiode ausgeglichen und sind jetzt im Begriff, eine neue Wahlkarte oder ein neues Mandatszettel durch die politische Willen der Wähler zu erlösen. Das geschah deswegen, weil man sich nicht darüber einig werden konnte, ob man mit der alten Wahlkarte noch einmalt auf ein neues Programm der Zusammenarbeit in der Richtung auf ein neues Ziel umzulegen konnte oder nicht. Die Änderung des Wahlzettes wurde beauftragt durch den Reichstag gegen das Reichstagsgesetz nebst dem. Wie man ansieht, hat man in diesen noch die wichtigsten Fragen miteinander erörtert und ein Programm erlassen, das alle lebenswichtigen Entscheidungen und Gesetze umfasst.

Man hat die Möglichkeit das Wort. Trotz des Burgfriedens der Parteien mehren sich die Anzeichen des beginnenden Wahlkampfes. Dieser aber heißt das deutsche Volk vor eine ganz neue und ungewohnte Lage, denn so friedlich, so sanft ist in der Wahlperiode noch nie ein Reichstag auseinandergegangen. Trotzdem; natürlich sind die Meinungen über das von der bisherigen Regierung Gesetzte durchaus verschieden. Wir müssen uns auch klar darüber sein, daß unter dem Eintritte der Sozialisten und der Wahlpropaganda sich diese Meinungsunterschiede noch vertiefen und verschärfen werden. Das liegt in der Natur der Dinge. Es ist auch zweifellos, daß von dem Regierungsprogramm, das vor einem Jahre beschlossen worden war, ein wesentlicher Bestandteil, nämlich das Schulgesetz, nicht erlitten ist. Aber wir müssen doch fragen,

ob wir recht tun, die Forderungen — wie überhaupt jeder — Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien immer nur unter dem Gesichtspunkte zu behandeln, was denn wohl jeder einzelne von uns bei dem Landwirt oder Züchter, Arbeiter oder Angestellter, Beamter oder Sozialrentner, für sich erhalten hat. Die Mittel des deutschen Staates sind nicht unbegrenzt. Noch immer müssen wir wachsende Beträge an das Ausland abgeben und zu diesen Kosten aus den Reparationen, deren Höhe der Dawes-Plan bestimmt, treten zunehmende Zinsen für die Anleihen der deutschen Wirtschaft, die auch aufgebracht werden müssen. Die Ausgaben des Staates können doch erst gemindert werden, wenn sie die Allgemeinheit und der Steuerzahler vorher bereut mit haben. Zweifellos ist auf diesem Gebiete das Menschenmögliche geschehen. Die Hilflosigkeit für die Landwirtschaft, die Aufhebung für die Sozialrentner und die Handlungsunfähigkeit waren jedoch Aufgaben von lebenswichtiger Bedeutung, die vielleicht noch besser hätten ausfallen können, wäre es gelungen, die Rentenpartei in der Schulgesetzfrage zusammenzuführen. Der parlamentarische Kampf jedenfalls spielte sich auf Gebieten ab, die mit dem Regierungsprogramm der Reichsregierung als solchen nichts zu tun hatten. Aber wer wollte leugnen, daß für das deutsche Volk in allen seinen Gruppen und Gruppen, Parteien und Parteien eines von höchstem Werte und von größter Zukunftsbedeutung wäre, nämlich herauszukommen aus dieser Luft der gegenwärtigen Verfeindungen.

Es ist mindestens fraglich, ob wir eine bessere Politik treffen können als diese Politik der inneren Verfeindungen, des Ausgleichs und der Vermählung, die von dieser letzten Regierung begonnen worden ist. Ist die Theorie des Klassen-

Kampfes, die bis zur Stunde auf dem äußersten linken Flügel vertreten wird, denn wirklich eine politische Wahrheit? Ist sie nicht eine Lüge? Sind wir Deutsche nicht alle, wie wir nun einmal sind, ob es nun der Arbeiter oder Bauern, Arbeiter oder Unternehmer — sind wir nicht aufeinander zu sein, das ist ein Schicksal, das uns verbindet? Das unergiebliche Verdienst dieses letzten Jahres berechtigt doch wohl darin, daß wenigstens der christliche Versuch unternommen werden ist, eine solche praktische Politik durchzuführen.

Gerade das war etwas völlig Neues und wenn auch einzelne Lehren nicht ganz den Erwartungen entsprechen haben, wenn dies oder jenes auch hätte besser gemacht werden können, so bleibt doch der Eindruck, daß — nicht alles nur in allem — doch viel geleistet wurde. Wenn man rückblickend in der Geschichte der demnächst bevorstehenden deutschen Republik etwas behaupten muß, dann ist es das, daß die Sozialdemokratie ihre alle Oppositionsstellung nicht aufgeben hat, als wäre inzwischen nichts geändert worden. Das war ein Fehler an Augenmaß. Erst der gegenwärtige Reichspräsident Hindenburg hat die Mitarbeit auch der Parteien am deutschen Staat der Gegenwart ermöglicht. Das ist, in jedem Sinne gesehen, ein ungeschwerer und nachhaltiger Erfolg, der sich auch in Zukunft auswirken wird und der sich in den letzten Jahren und Wochen schon in der Bedeutung der politischen Ereignisse gezeigt hat. Wer wieder als Nation die vor uns liegenden Zeiten der Auseinandersetzung mit dem Auslande über Dames-Plan und Vertrag von Versailles nur dann erfolgreich überdauern können, wenn wir in der Zusammenkunft wieder das haben, was früher unser Stärke ausmachte, ein in sich geschlossenes, einflussvolles, selbständiges Volk, geführt von einer guten Regierung.

Bekanntmachung.

Betr. Beiträge für die landwirtschaftl. Berufsvereinschaft.
Das Verzeichnis über die Erhebung von Voranschlagsbeiträgen für die landwirtschaftliche Berufsvereinschaft für das Rechnungsjahr 1928/29 liegt in der Zeit vom 7. April bis einschl. 20. April d. J. im Magistratsbüro zur Einsicht den beteiligten Betriebsunternehmern aus.

Etwalige Einsprüche gegen die Berechnung der Beiträge sind während der Auslegungsfreit bei der landwirtschaftlichen Berufsvereinschaft — Straßenausgang — in Quersfurt anbringen.
Nebra, den 4. April 1928. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Betr. das Reinigen der Obstbäume.

Gemäß § 1 der Reinigungsverordnung vom 28. März 1852 (Amtsblatt S. 121) bestimme ich hiermit, daß bis zum 20. April d. J. sämtliche Obstbäume von Nappan und Nappanweilern gereinigt sein müssen.

Wer innerhalb der festgesetzten Frist die vorchriftsmäßige Reinigung unterläßt, verfällt der Bestrafung auf Grund des § 363 Ziffer 2 im Str. G. B.

Quersfurt, den 26. März 1928

Der Landrat. J. B.: Baly, Kreisinspektor.

Wird veröffentlicht:
Nebra, den 4. April 1928 **Die Polizeiverwaltung.**

Curn-Verein D. C.

Am 2. Osterfeiertag im „Schützenhaus“:

Bühnenschauturnen, Volkstänze, Ball
Anfang 8 Uhr. Eintrittspreis 50 Pf.

Die gesamte Einwohnerschaft von Nebra und Umgebung laden wir hierzu freundlichst ein.

Der Vorstand.

Schützenhaus

Am 1. Osterfeiertag, von abends 8 1/2 Uhr ab

Großes Extra-Fest-Konzert

ausgeführt von dem Nebraer Stadtorchester unter persönl. Leitung des Städt. Musikdirektors **Fr. Rönike.**

Vortragsfolge:

1. Florentiner-Marsch **Friedl**
2. Ouvertüre zur Oper Norma **Bellini**
3. Ein Vögelchen sang im Lindenbaum. Paraphrase **Heberle**
4. Große Fantasia a. d. Op. „Miguelletto“ **Berbi**
5. Deutschlands Ruhm. Marsch **Schröder**
6. Ouvertüre zur Oper „Andra“ **Stolow**
7. Intermezzo und Baccarole aus „Hoffmanns Erzählungen“ **Offenbach**
8. Die Hochzeit der Winde. Walzer **Sall**
9. Hoch Habsburg. Marsch **Kral**
10. Ouvertüre z. Op. „Die Statisten in Alger“ **Hoffm**
11. Melodie a. d. Operette „Der Wogelhändler“ **Zeller**
12. Armeemarsch Nr. 7

Es laden freundlichst ein

F. Rönike R. Janda

Konditorei und Café „zur Burg“

Während der Festtage empfehle ich dem geehrten Publikum mein neuerbautes

Familien-Café

als angenehmen Aufenthalt und warte auf mit bestgepflegten Getränken:

Dortmunder Unfer — Münchener Hofbräu

Weine erster Häuser

Kaffee - Schokolade - Tee usw.

ff. Gebäck aus eigener Konditorei

Nachmittags und abends grosser

Dielenbetrieb

Am 2. Osterfeiertag:

Grosser Frühschoppen

Es ladet freundlichst ein **Oswald Möder.**

Gertrud Grützner Ewald Hänert

VERLOBTE

NEUSTADT i. Sa., Kaiserstr. 20 NEBRA (Unstrut)

Ostern 1928

Statt Karten.

Für die zahlreichen Glückwünsche zur Einsegnung unserer Tochter Käthe danken wir herzlich.
Nebra, Palmstr. 9.

H. Eichfeldt und Fran.

Herzlichen Dank

Für die uns anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes Horst erwiesenen Aufmerksamkeit danken wir herzlich.

Dito Volk und Fran.

Herzlichen Dank

allen denen, die uns anlässlich der Konfirmation unserer Tochter mit Glückwünschen besuchten.

Malermester Rudolf Brückner und Fran.

Herzlichen Dank

Für die uns erwiesenen Glückwünsche und Aufmerksamkeit anlässlich der Konfirmation unseres Sohnes Erich sagen wir hierdurch allen unseren herzlichsten Dank.

Weißenfels a/S. **Paul Nauhardt und Fran.**

Herzlichen Dank

Für die mir anlässlich der Konfirmation meines Sohnes Willi erwiesenen Aufmerksamkeit danke ich hierdurch herzlich.

Nebra **Else Röllig.**

Herzlichen Dank

Für die freundlichst erwiesenen Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer Söhne danken wir herzlich.

Nebra **Karl Dito und Fran.**

Statt Karten.

Für die zahlreichen Aufmerksamkeit zur Konfirmation unseres Sohnes sagen wir herzlichsten Dank.

F. Planert und Fran., Hofstr. 14.

Drucksachen
aller Art in moderner Ausführung liefert prompt und gut.
Buchdruckerei Wilh. Sauer ROSSLEBEN

REINSDORF
Am 2. Osterfeiertag, von nachm. 3 Uhr an
Tanzvergnügen.

Es ladet freundlichst ein **Gastwirt Bernhein.**

Stadt-Festspiele Vernf. Hof

1. Osterfeiertag, 8. April, abends 8 1/2 Uhr:
Der goldene Abgrund.

Bemer:
Ihren ist menschlich.
Es ladet freundlichst ein **Vorgwardt.**

Für die Osterfeiertage
empfehle

Frucht- und Gemüse-Konferven
Kirschen, Erdbeeren, Mirabellen, Roteclauden; Spargel, Leipziger Allerlei, Junge Erbsen und Gemüse-Erbsen

Getrocknete Früchte:
Aprikosen, Mischobst und Pfäumen.

Hörberg's Würstchen in Dosen
zu 3 und 5 Paar und 5 Stk.

ff. gerösteten Kaffee 1/2 Pfund zu 1.20
Div. Spirituosen wie: Weinbrand, Alten Korn, Klühre usw. in Flaschen u. lose.

Sahmsäcker- und Stachelbeerwein pro Flasche Mf. 1.—, Erdbeerwein Mf. 1.20.
Ww. Meitz.

Klavierstimlungen
Reparaturen
führt fachgemäß aus
G. Hildebrandt, Kofleben

Elektr. Knuffspielpiano
fast neu, verkauft **D. D.**

Breuhilfs-Geldlose Klassenlotterie
In 5 Klassen über 58 Millionen RM. Gewinne.
Gauptgewinne:
4 zu 500.000 2 zu 300.000
2 zu 200.000 10 zu 100.000
4 zu 75.000 14 zu 50.000
12 zu 25.000 88 zu 10.000

Ziehung der 1. Klasse: 20. und 21. April
Dose aus meiner Lotterie-Einnahme sind in Nebra bei **Hermann Sacke**

sonie bei mir selbst zu haben.
Staatliche Lotterie-Einnahme **Kamond, Merleburg.**

Naturheilpraxis
— Augenheilkunde —
Behandlung von Krankheiten durch Complex-, Homöopathische- und Naturheilverfahren.
Löffelholz, Kofleben
Tel. 80 „Weintraube“ Tel. 80
Sprechst. **Freien Dienstag** von 9-4 Uhr.
Auf Bestellung komme ich auch nach umwärtigen ins Haus.

Abbruch
eines Teiles der Grabenmühle zu Vignburg. Dagebitt billig zu verkaufen: Balken, Sparren, Säulen, sowie la Quadersteine, Brennholz in Kubren, Lärn u. Feilner.
3000 Mauersteine (Sandsteine) und vieles andere. Bestauf jedergest.
Paul Schälbe.

Spielfarten
bei **Wih. Gaier, Kofleben**

?? Wohin zu Ostern ??
Nach der
!! Heimkehle !!
Grösste Höhle Deutschlands
Bahnhstation Uftrungen (Südharz)
Strecke Berga-Kelbra—Stolberg

Neuberger Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts von der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: W. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Jean Kaufmann Weg, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restanteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostamt Nebra — Bankverein Atrern.

Nr. 42

Sonnabend, den 7. April 1928

41. Jahrgang

Weltliche und geistliche Lebensmächte

Schnapschmuggelgeschichten. — Die Herrschaft der Bonnen. — Die Welt in Aufruhr.

Mit einigen unliebsamwirdig geschwungenen Einstößen, mit lauten Wehklagen der Gefänge hat er bei uns angefangen, der große Bonnenkönig. Nicht weit von Berlin sind die politischen Gegner in einer Wählerversammlung hart miteinander und die Polizei mußte die aufgeregten Gemüter freundschaftlich trennen, auf daß kein größeres Unheil angerichtet würde.

Ein beschämend ungeschickter Ausfall zu einer Wahlversammlung, bei deren Ausgang sich viele Leute in Deutschland wahre Wunderdinge zu verkörpern schienen. In Amerika, das sich in allmählich auch auf die neue Präsidentenwahl vorbereiten beginnt, würde man lächeln über die Zumutung, sich über solche bloßen Stimm- und Kampfschmucke zu streiten zu lassen. Dort wird mit ungleich härteren Argumenten gearbeitet. Die Bonnenkönige nun, die durch die Luft — in Chicago allein wurden schon fünfzig Anschläge dieser Art gegen politische Gegner verübt, oder was man sonst „politische“ Gegner in den Vereinigten Staaten zu nennen pflegt. Ganz genau wissen es die Republikaner und Demokraten, die sich bilden mit der gleichen Erörterung bestreiten wie bei uns eine Deutschnationale und Sozialisten, selber nicht zu sagen, in welchen grundlebigen politischen Überzeugungen sie sich gegeneinander so sehr abheben, daß ein Kampf auf Leben und Tod zwischen ihnen geboten wäre. Und so werden, um der Weltkenntnis die Notwendigkeit dieses Bürgerkrieges trotz dem begründet zu machen, die schrecklichsten Schwindel-, Betrug- und Korruptionsfandale aufgebracht und zur Achtung der Gegenpartei an die große Glocke gehängt. Besonders beliebt sind in diesem Wahlkampf die Schnapschmuggelgeschichten, mit denen sich die Bevölkerung offenbar leicht anlocken läßt. Man braucht dabei nur zu behaupten, daß ein politischer Gegner von diesen Elementen Bestechungsgelder angenommen habe, um sein Schicksal „ins Exotische“ zu bringen, und der Mann ist dann so gut wie geliefert. Als in Chicago dieser Tage ein solcher Führer mit einigen fünfzig Stugeln im Rücken tot aufgefunden wurde, die Sache ist falschlich, dieser Tod habe Schnapslieferanten, von denen er Gelder angenommen habe, um sie vor den Trabanten des Gesetzes zu schützen, veranlaßt, also sei ihm recht geschehen, und damit basta. Kann man sich bei solchen Zuständen schließlich darüber wundern, daß die Gewalt der Stadt am Donnerstag zu einem Wanderversuch die ganze Bevölkerung der Vereinigten Staaten bitter miß, die Kraft Gottes anrufen zur Befreiung dieser öffentlichen Zustände im Lande, nachdem alle Menschenversuche, der „Herrschafft der Bonnen“ Einhalt zu gebieten, zu nichts geführt hätten? Man kann den guten Chicagoern nur wünschen, daß nicht auch diese ihre liebe Hoffnung auf Dufe und Umkehr zu scheitern werden möge.

Genau so wie die Kirchenfürsten von Chicago legt ihre letzte Zuflucht zu den himmlischen Mächten neben, um deren Einwirkung auf die immer ärger werdende Bevölkerung dieses irdischen Zwitterlandes zu erleben, genau so hat auch der Kardinal Herzog von Venedig, der die Abnahme des Volksstandes der staatlichen Herrschaft die Allmacht Gottes anrufen gegen den sittlichen Verfall unserer Zeit. Er hielt das Volk, trotz der schweren Verurteilung des Weltkrieges, von reinen Genüssen erfüllt in totem Reigen der Sinneslust und der Menschheitsanbeugung sich vorwärts oder vielmehr

colorchecker CLASSIC

Prozess zu begehrt den Kammerentrüben, die die Welt in Aufruhr

ruhr, hier mehr, dort weniger. Sollen wir fest an dem Glauben, daß die wahren Quellen des Lebens zwar verfeinert, aber niemals völlig trockengelegt werden können. Sie werden den Raum und den Schimmer der bloßen Diesseitigkeit des Daseins wieder durchbrechen, wenn die Zeit für eine neue Erlösung und Auf-erhebung der Menschheit gekommen ist.

Regelung der Kriegsschulden?

Pariser Gilbert in Paris und Rom.
Die durch Polieris Rede in Paris gefommene Debatte über die Regelung der Kriegsschulden hat doch größere Wirksamkeit, als man anfangs nach der ablehnenden Haltung der Vereinigten Staaten erwarten konnte.
Der in der Regel in Berlin wohnende Generalagent für die Vereinigten Staaten, Pariser Gilbert, hat vier Tage in Paris gewohnt und ist, nachdem er vorher 30 Stunden einen Besuch abgelegt hatte, nach Rom weitergereist. In London soll er mit Vertretern der Bank von England und dem hohen Beamten des Schatzamtes verhandelt, in Paris mit dem Leiter der Bank von Frankreich und in Rom des Republikans und Kriegsschuldenproblemen mit dem italienischen Finanzminister erörtert haben. Pariser Gilbert kennt, heißt es in Paris, die politische und finanzielle Lage Deutschlands und wisse, daß Deutschland die erste Gelegenheit ergreifen werde, die Resolution des Dawes-Planes resp. die Begrenzung der Jahreszahlungen des Dawes-Planes zu fordern.
In Paris soll man nicht abgeneigt sein, der Begrenzung der Zahlungen zuzustimmen, vorausgesetzt, daß gleichzeitig eine allgemeine Regelung der Kriegsschulden erfolge.

Pariser Gilbert hat seine Mundrede fähig anzuzeigen, um sich über die Meinungen zu der Frage in den verschiedenen Hauptstädten zu informieren.
Amerikanische Stimmungen.

Aus den Vereinigten Staaten, deren Ansicht schließlich die ausfallgebende sein wird, ist die Ansicht einholend durch Pariser Gilbert zugegeben, zugleich aber betont, daß in der nächsten Zeit kaum an eine wichtige Entscheidung zu denken sei. Man macht darauf aufmerksam, daß eine offizielle Behandlung der verschiedenen Fragen nicht nur erst nach den französischen und deutschen Wahlen, sondern erst nach den im Herbst stattfindenden amerikanischen Präsidentenwahlen in Aussicht genommen werden könne. Ferner wird betont, die weitere Entwicklung hänge völlig von der zum nächsten Verhandlung der Vereinigten mit Deutschland ab. Wenn dies geschehen sei, könnten die Vereinigten Staaten der Angelegenheit überretren.

Staatsablehnung.

Selbstverständlich hat im Reichstag die parlamentarische Opposition den Reichstagsrat bei der dritten Lesung, also endgültig, abgelehnt. Das ist nämlich eine Selbstverständlichkeit im parlamentarisch regierten Staat. Um diese Ablehnung zu dokumentieren, leitet man sich im Mutterland des Parlamentarismus, in England, häufig den Ehern, bei der Abstimmung über das Gehalt des Ministerpräsidenten zu betragen, ihm von dem bisher besprochenen Gehalt ein Pfund Sterling zu streichen; der Antrag wird natürlich von der hinter der Regierung stehenden Mehrheit abgelehnt.

Bei uns in Deutschland hat man sich doch noch nicht so ganz in das parlamentarische System hineingelebt, sonst würde man der Opposition nicht — und das namentlich im Wahlkampf — einen Vorwurf daraus machen, wenn sie den Staat ablehnt. Aber dann geht das Geschrei los, daß diese oder jene Oppositionspartei mit ihrer Staatsablehnung etwa die Gehälter der Beamten „entziehen“ wissen wolle, „wegen“ sonstiger Finanz-, Steuer- oder andere Maßnahmen gefasst habe. Derartiges zu behaupten, zeigt von einer recht erheblichen Unkenntnis des parlamentarischen Systems, führt auch zu mannißhaften Schlußfolgerungen, wie z. B. zu der, daß im Reichstag die parlamentarische Opposition man für den Reichstag, also die Maßnahmen des sog. Reichsprogramms, in zweiter Lesung stimmte, aber den Gesamtheit einschließlich dieses Reichstags selbstverständlich in dritter Lesung ablehnte.

Den Staat kann man etwa vergleichen mit Gelsen, in denen der Staatsschaden für die Richtung, welche die Staatsablehnung, die des Jahres bestimmt die parlamentarische Mehrheit. Aber alle drei Dinge ist die Opposition nur an der er Meinung; wird sie aus irgendeinem Grunde zur Mehrheit, so legt sie die Gleise in anderer Richtung. Aber sie legt die Gleise, denn der Staatswagen muß fahren. Das heißt also das parlamentarische System kann bestehen, wenn man irgend einer Partei der Opposition einen „Vorwurf“ aus der Staatsablehnung macht; so haben z. B. die Deutschnationalen, die der preussischen Regierung gegenüber in Opposition stehen, im Preussischen Landtag selbstverständlich den Staat abgelehnt, im Reichstag aber, als Regierungspartei, ebenso selbstverständlich den Reichstagsrat angenommen. Ferner aus jener Ablehnung einen Vorwurf zu machen, ist, vom parlamentarischen System aus gesehen, ebenso unsinnig, wie denn man im Wahlkampf den Demokraten, trotz ihrer ursprünglichen Annahme des Reichstags, ihre endgültige Ablehnung des Reichstags in Reichstagsparlament vorhalten wollte.

Die Rheinlandkommission will kein Groß-Frankfurt.

Um die besetzte Stadt Söck.
Die Interalliierte Rheinlandkommission hat das preussische Gesetz vom 29. März d. J. betreffend die Erweiterung des Stadtbereichs Frankfurt a. M. durch eine neue Verengung vorläufig wirksamlos gemacht.
Die Befehlsgewalt überläßt an der Angelegenheit infolgedes beteiligt zu sein, als durch das Gesetz die zum Gebiet gehörige Stadt Söck in den Stadtbereich Frankfurt a. M. eingemeindet wird, dessen Verwaltung im unbesetzten Frankfurt ihren Sitz hat. Die preussische Regierung ist bereit, auf die Befehlsgewaltbedürfnisse Rücksicht zu nehmen, so durch eine Anordnung gemäß § 40 des Eingemeindungsgesetzes des Inhalts, daß in Söck eine städtische Zweigstelle errichtet wird, die für alle Verhandlungen in Befehlsgewaltangelegenheiten zuständig ist. Dies ist der Interalliierte Rheinlandkommission in Verhandlungen mit Kommissaren des preussischen Ministeriums des Innern zugestimmt worden. Es ist daher bedauerlich, daß die Interalliierte Rheinlandkommission sich trotz dieser Zustimmung nicht dazu hat entschließen können, das Gesetz sofort in Kraft treten zu lassen. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete und die Deutsche Botschaft in Paris sind mit entsprechendem Vorgehen in Koblenz und in Paris beauftragt worden.

Handwerk gegen höhere Bahnartik.

Eingabe an den Reichsverkehrsminister.
Der Reichsverband des Deutschen Handwerks hat sich mit einer Eingabe an den Reichsverkehrsminister gewandt und darin lebhaften Einspruch gegen die beabsichtigte Erhöhung der Eisenbahnartikeln erhoben. Zur Begründung der ablehnenden Stellungnahme wird darauf verwiesen, daß eine Erhöhung der Tarife ohne jeden Zweifel eine verhängnisvolle Feuerungswelle nach sich ziehen wird. Wenn in diesem Zusammenhang auch auf die unangenehme Erhöhung der Posttarife Bezug genommen werde, so entfalte dieser Hinweis jeder Beweiskraft, da die Tarife der Reichsbahn schon längst an die Selbstverwaltung und den allgemeinen Leistungssatz angepaßt seien. Die Eingabe verlangt mit aller Entschiedenheit im Namen der gesamten Volkswirtschaft eine Ablehnung der beabsichtigten Erhöhung. Wiederholt die Eingabe wurde dem Reichsverkehrsministerium und dem Reichskommissar für Handwerk und Kleinvererbe zugeleitet.

Verteilung der Landwirtschaftshilfe.

Entwurf von Richtlinien.
Reichsernährungsminister Schiele hat dem vom Reichstag eingeleiteten Überwachungsaußschuß für die Verwendung der zur Landwirtschaftshilfe ausgeworfenen 30 Millionen jetzt einen Entwurf zu Richtlinien unterbreitet.
Nach diesem Entwurf sollen die Mittel dienen: a) der Organisation des Viehkaufes auf den großen Schlachtwiehmärkten, b) der Förderung von Einrichtungen zur Verwertung und Verarbeitung von Schlachtwie, c) der Förderung des direkten Absatzes von Schlachtwie an die Fleischgewerbetreibenden, d) der Beschaffung und Erzeugung einerseits und Genossenschaften der Fleischer und Verbraucher andererseits, e) der Entlastung des Inlandsmarktes durch Gewinnung neuer Absatzgebiete für Schlachtwie sowie für frisches und zubereitetes Schweinefleisch, f) der Rationalisierung von Schlachtwie und Schweinefleisch.
Zur Durchführung der Maßnahmen soll eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gebildet werden. An der Gesellschaft sollen beteiligt werden: die Spitzenorganisationen der Landwirtschaft, die Zentralstellen der genossenschaftlichen Verwertung an den großen Schlachtwiehmärkten, die Schlachtwiehalter und Metzger, der Viehwirtschaft, die Fleischgewerbetreibenden sowie die Fleischverarbeiterorganisationen. Zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses soll ein Reichskommissar bei der Gesellschaft bestellt werden. Grundstücke und Fleischwarenabfällen soll die Gesellschaft in der Regel nicht erwerben.
Parzellen, für die das Reich eine Garantie übernimmt, sollen möglichst für längere Zeit und zinslos oder zu einem niederen Zinssatz gegeben werden; soweit erforderlich und möglich, sind zur Ermäßigung des Zinssatzes die zur Verfügung stehenden Reichsmittel heranzuziehen.

Saatenstand in Preußen Anfang April.

Wach am 1. April.
Die Statistische Korrespondenz veröffentlicht die Beobachtungsberichte für den Saatenstand in Preußen Anfang April 1928, wobei zwei gut, drei mittel bedeutet, und bemerkt: Mit Ausnahme von Spetz (2) liegen alle Saatenfelder unter drei; Weizen wird mit 3,3, Roggen mit 3,4, Gerste mit 3,3, Getreide mit 3,3, Mais und Acker mit 1,2, Klee mit 3,2, Wiesen mit 3,2 und 3,4 beurteilt. Wenn man wiederum von dem Spetz abzieht, so wurde der Saatenstand zu Anfang April fast 1928 gegenüber dem Vorjahr bis zum 1. April 1928 um 10 bis 15 Prozent abgesetzt, auch 1918 war er, abnormals abgesetzt von Spetz, durchgängig besser.